

Besteuerungsverfahren (START KLAUSUR) Theodor Richter hat seine Einkommensteuererklärung für das Jahr 2021 fristgerecht beim für ihn zuständigen Finanzamt Dresden eingereicht. Das Finanzamt Dresden setzt die Einkommensteuer für das Jahr 2021 für den Steuerpflichtigen Theodor Richter mit Bescheid vom 25.05.2023 (Tag der Aufgabe zur Post mit einfachem Brief) unter Vorbehalt der Nachprüfung fest. Der Bescheid war mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Am 29.06.2023 geht ein Schreiben von Theodor Richter beim Finanzamt Dresden mit dem Betreff „Berufung gegen Einkommensteuerbescheid 2021“ ein. Theodor Richter gab in diesem Schreiben seine Steuernummer sowie Anschrift an. Theodor Richter führte zudem in diesem Schreiben an, dass die Aufwendungen für sein Arbeitszimmer i.H.v. 1.100 € trotz Angabe in der Steuererklärung 2021 nicht berücksichtigt wurden. Nach zutreffender Auffassung können die in der Steuererklärung geltend gemachten Aufwendungen als Werbungskosten steuerrechtlich anerkannt werden. Im Übrigen ist weder die Steuererklärung von Theodor Richter sachlich zu beanstanden noch sind weitere Fehler im o.g. Einkommensteuerbescheid enthalten. **Wie ist das o.g. Schreiben von Theodor Richter zu werten? Angenommen, das Schreiben ist als Einspruch zu werten: Hätte der Richter Aussicht auf Erfolg? Gehen Sie in Ihrer Lösung nicht auf die Begründetheit ein. Bitte begründen Sie Ihre Antworten durch Angabe der einschlägigen Rechtsvorschriften.**

- Das Schreiben von Theodor ist als Einspruch zu werten.
- Eine unrichtige Bezeichnung des Einspruchs schadet nicht, § 357 Abs. 1 S. 3 AO
- Der Steuerpflichtige muss jedoch mit seinem Schreiben erkennen lassen, dass er sich beschwert fühlt und eine Nachprüfung begehrt
- Ein Einspruch hat Aussicht auf Erfolg, wenn er zulässig und begründet ist
- Der Einspruch ist **statthaft**, weil es sich bei dem Einkommensteuerbescheid 2021 um einen Verwaltungsakt i.S.d. § 118 AO in Abgabengangelegenheiten handelt (§ 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, Abs. 2), auf die AO anwendbar ist (§ 1 AO).
- Ein Ausschlussgrund nach § 348 AO liegt nicht vor
- Die **Formvorschrift** des § 357 AO wurde beachtet.
- Der Einspruch wurde schriftlich eingereicht (§ 357 Abs. 1 S. 1 AO).
- Der Einspruchsführer war erkennbar (§ 357 Abs. 1 Satz 2 AO).
- Der Einspruch muss **fristgerecht** eingelegt worden sein.
- Gemäß §§ 355 Abs. 1, 356 AO muss der Einspruch innerhalb eines Monats, nachdem der Verwaltungsakt bekannt gegeben wurde, eingelegt worden sein.
- Der am 25.05.2023 mit einfachem Brief zur Post gegebene Bescheid galt gem. § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO grundsätzlich am 3. Tag nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben, somit am 28.05.2023. Da der 28.05.2023 ein Sonntag und der 29.05.2023 ein Feiertag war, verschob sich die Bekanntgabe auf den 30.05.2023 (§ 108 Abs. 3 AO).
- Die Einspruchsfrist begann mit Ablauf des 30.05.2023 (§ 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB) und endete mit Ablauf des 30.06.2023 (Freitag) (§ 188 Abs. 2 BGB).
- Der Einspruch wurde am 29.06.2023 eingelegt, somit fristgerecht
- Eine **Beschwer** liegt vor (§ 350 AO).
- Der Steuerpflichtige ist befugt, einen Einspruch einzulegen, da er geltend machen kann, als Adressat eines belastenden Verwaltungsakts in seinen Rechten verletzt zu sein.
- Eine Einkommensteuerfestsetzung auf 0 €, bei der grundsätzlich keine Beschwer besteht, liegt nicht vor.
- Nachdem alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, ist der Einspruch **zulässig** (§ 358 S. 2 AO)

Besteuerungsverfahren 1. Der Oberbegriff der Verfahren, die den gesetzmäßigen Vollzug der Besteuerung gewährleisten, lauten Lenkungsverfahren. **Falsch**

2. Das Finanzamt kann sich zur Ermittlung des steuerrelevanten Sachverhalts aller Beweismittel bedienen, die es nach pflichtgemäßem Ermessen zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält. **Richtig**

3. Im Erhebungs-/Vollstreckungsverfahren wird die Steuerschuld festgesetzt. **Falsch**

4. Im Straf- bzw. Bußgeldverfahren werden Pflichtverletzungen geahndet. **Richtig**

5. Ein bestandskräftiger Steuerbescheid i.S.v. § 155 AO kann bei offensiblen Unrichtigkeiten (z.B. Schreib- und Rechenfehler) geändert werden. **Richtig**

Einkommensteuer 1. Timo Michel besitzt sehr exklusive Mobedoutiquen in Dresden und Prag (Tschechien). Timo Michel hat in Dresden sowie Prag eine Wohnung. Er arbeitet für gewöhnlich von Mittwoch bis Freitag in seiner Mobedoutique in Prag. An den anderen Tagen ist er meist in Dresden. **Ist Timo Michel in Deutschland einkommensteuerpflichtig? Wenn ja, in welchem Umfang? Bitte begründen Sie Ihre Antworten durch Angabe der einschlägigen Rechtsvorschriften.**

- Timo hat einen Wohnsitz (§ 8 AO) in Deutschland
- Timo ist daher **unbeschränkt einkommensteuerpflichtig**. § 1 Abs. 1 S. 1 EStG
- Für ihn gilt das **Welteinkommensprinzip**. Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht erstreckt sich auf sämtliche Einkünfte aus inländischen und ausländischen Quellen (soweit nicht für bestimmte Einkünfte abweichende Regelungen bestehen)

Einkommensteuer Lena Gerlach hat ihren Wohnsitz in Dresden und erzielt im Jahr 2023 folgende Einkünfte:

- a) Einkünfte als angestellte Zahnärztin in einer Zahnarztpraxis
- b) Einkünfte aus einem Weingut in Radebeul
- c) Gewinn aus der Veräußerung von Bitcoin, die sie lediglich 10 Monate im Privatvermögen hielt
- d) Einkünfte aus der nebenberuflichen Tätigkeit als Kunstfotografin
- e) Einnahmen aus der Vermietung einer Wohnung an eine Freundin

Welche Einkunftsarten liegen in den o.g. Fällen vor? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

- a) EansA § 19 EStG
- b) Ealuf § 13 EStG
- c) eS § 22 EStG
- d) EasA § 18 EStG
- e) EavVu § 21 EStG

Einkommensteuer Der deutsche Staatsangehöriger Frederik Christiansen ist nach einem vierjährigen Aufenthalt in Deutschland im Jahr 2022 wieder in seine Heimat Dänemark zurückgekehrt. Im Jahr 2023 war er zu keinem Zeitpunkt in Deutschland, aber er erzielte noch folgende Einkünfte aus Deutschland:

- eine Nettodividende i.H.v. 13.500 € von der House-GmbH. Die Anteile von 10 % an der House-GmbH hält er im Privatvermögen
- für eine fremdvermietete Eigentumswohnung in Dresden erhält er Mieteinnahmen i.H.v. 14.400 €

Ist Frederik Christiansen im Jahr 2023 in Deutschland einkommensteuerpflichtig? Wenn ja, in welchem Umfang? Gehen Sie insbesondere darauf ein, welche Einkünfte in welcher Höhe einer möglichen Einkommensteuerpflicht unterliegen. Bitte begründen Sie Ihre Antworten durch Angabe der einschlägigen Rechtsvorschriften.

Frederik hat keinen Wohnsitz (§ 8 AO) und keinen gewöhnlichen Aufenthalt (§ 9 AO) in Deutschland

- Somit ist er nicht unbeschränkt Einkommensteuerpflichtig gem. § 1 Abs. 1 S. 1 EStG
- Eine beschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4 EStG) ist gegeben, wenn Einkünfte i.S.d. § 49 Abs. 1 EStG vorliegen
- Die Bruttodividende beträgt 18.000 € (= 13.500 € / 75 x 100) und zählt zu den beschränkt steuerpflichtigen Einkünften nach § 49 Abs. 1 Nr. 5 Bst. a EStG

- Da Einkünfte aus Kapitalvermögen in Deutschland dem Quellensteuerabzug i. H. v. 25 % (§§ 43 ff. EStG) unterliegen, wurden bereits 4.500 € von der deutschen Kapitalgesellschaft im Abzugswege einbehalten.

- Mit diesem Steuerabzug vom Kapitalertrag gilt die beschränkte Steuerpflicht nach § 50 Abs. 2 EStG als abgegolten, so dass für diese Einkünfte keine Veranlagung mehr stattfindet

- Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung i.H.v. 14.400 € aus der in Dresden belegenen Wohnung unterliegen nach § 49 Abs. 1 Nr. 6 EStG der beschränkten Steuerpflicht.

- Die Steuererhebung kann nicht durch Steuerabzug erfolgen, sondern muss im Rahmen einer Veranlagung durchgeführt werden.

Körperschaftsteuer Die Living-GmbH geht einer gewerblichen Tätigkeit i.S.d. § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EStG nach und ist an der House-GmbH zu 100% beteiligt. Die Living-GmbH hat ihren Sitz sowie ihre Geschäftsleitung in Dresden. Die House-GmbH hat ihre Geschäftsleitung ebenfalls in Dresden, aber ihren Sitz in Prag (Tschechien). Die Living-GmbH und die House-GmbH haben einen Ergebnisabführungsvertrag mit siebenjähriger Laufzeit abgeschlossen. Der Vertrag war zu Beginn 2023 wirksam und im Handelsregister eingetragen. Die Living-GmbH erzielt im Jahr 2023 ein zu versteuerndes Einkommen von 650.000 €. Bei der House-GmbH entstand in 2023 ein steuerlicher Verlust von 525.000 €. **Können Verluste einer Tochtergesellschaft mit den Gewinnen einer Muttergesellschaft verrechnet werden? Unter welchen Voraussetzungen könnte der Verlust der House-GmbH mit den Gewinnen der Living-GmbH verrechnet werden? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.**

- Grds. können Verluste zwischen Tochter- und Muttergesellschaften aufgrund des Trennungsprinzips nicht verrechnet werden
- Wenn eine Organschaft gebildet werden kann, ist die Verursachung zwischen beteiligten Unternehmen jedoch grds. möglich
- Voraussetzungen für die Organschaft
- Organträger (Living-GmbH) mit gewerblicher Tätigkeit i.S.d. § 15 I S. 1 Nr. 1 EStG (+)
- EAV mind. 5 Jahre; im Fall 7 Jahre (+)
- Finanzielle Eingliederung mind. 50%; im Fall 100 % (+)
- Organgesellschaft ist keine PersG (House-GmbH) (+)
- Organgesellschaft (House-GmbH) hat ihre Geschäftsleitung im Inland (Dresden) und ihren Sitz in EU/EWR-Raum (Prag) (+)

- Alle Voraussetzungen für eine Organschaft erfüllt → somit können Verluste verrechnet werden

Körperschaftsteuer Sebastian Vogt ist Geschäftsführer und alleiniger Gesellschafter der Wohnen-GmbH. In 2023 ereignen sich u.a. folgende Sachverhalte:

1. In Sebastians Privatbesitz befindet sich ein Gemälde, welches von einer anerkannten Kunstsachverständigen auf einen zutreffenden Wert von 8.500 € bestimmt wurde. Sebastian ist der Meinung, dass das Gemälde viel besser im Empfangsbereich der Wohnen-GmbH aufgehoben wäre und verkauft es daher für 12.000 € an die Wohnen-GmbH. Ein fremder Dritte hätte den durch die Kunstsachverständige bestimmten Wert gezahlt.
2. Die Ehefrau von Sebastian Vogt überträgt der Wohnen-GmbH ein Grundstück, das einen Wert von 150.000 € hat. Sie verlangt dafür keinerlei Gegenleistung.

Lösen der Gemäldeverkauf sowie die Grundstücksübertragung steuerliche Konsequenzen bei der Wohnen-GmbH aus? Bitte begründen Sie Ihre Antworten durch Angabe der einschlägigen Rechtsvorschriften und führen Sie alle Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen auf.

Gemäldeverkauf

- Es liegt eine vGA vor, da
- Vermögensminderung
- Der Verkauf hält einem Fremdvergleich nicht Stand (geschäftsfälliges Veranlassungsprinzip)
- Auswirkung auf den Gewinn i.S.d. § 4 Abs. 1 EStG
- Kein ordentlicher Gesellschafterbeschluss
- Die vGA beträgt 12.000 € - 8.500 € = 3.500 €, in dieser Höhe erleidet die GmbH einen tatsächlichen Vermögensabfluss, welcher den Gewinn der GmbH gem. § 8 Abs. 3 KStG nicht mindern darf und somit wieder hinzurechnen ist

Grundstücksübertragung

- Es liegt eine vGA vor, da
- ein Gesellschafter oder eine ihm nahestehende Person
- der Körperschaft außerhalb der gesellschaftsrechtlichen Einlagen
- einen einlagefähigen Vermögensvorteil zuwendet und
- diese Zuwendung durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst ist
- Die vE beträgt 150.000 € und darf den Gewinn der Wohnen-GmbH nicht erhöhen, § 8 Abs. 3 S. 3 KStG

Gewerbesteuer und Sonstiges Die Einzelunternehmerin Klara Glaser war das ganze Jahr 2022 in Pirna (Deutschland) tätig. Der zutreffende Gewinn des Unternehmens beträgt für 2022 insgesamt 205.400 €. Zudem wurden bereits zutreffend Hinzurechnungen gem. § 8 GewStG i.H.v. 14.841 € und Kürzungen i.H.v. 57.738 € ermittelt. Der Hebesatz für Pirna in 2022 beträgt 400%. Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer 2022 wurden nicht getätigt. **Ermitteln Sie bitte die Gewerbesteuer für Klara Glaser für den Erhebungszeitraum 2022. Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.**

+	Gewinn aus Gewerbebetrieb (§ 7 GewStG)	205.400
+	Hinzurechnungen (§ 8 GewStG)	14.841
-	Kürzungen (§ 9 GewStG)	57.738
=	Maßgebender Gewerbebetrag (§ 10 GewStG)	162.503
=	Gewerbeverlust (Verlustabzug) (§ 10a GewStG)	
-	Abdrungen auf volle 100 (§ 11 Abs. 1 S. 3 GewStG)	162.500
=	Freibetrag max. 24.500 (§ 11 Abs. 1 Nr. 1 GewStG)	-24.500
=	(gekürzter) Gewerbebetrag nach Abdrundung und Freibetrag	138.000
x	Steuermesszahl i.H.v. 3,5% (§ 11 Abs. 2 GewStG)	x 3,5%
=	Steuermessbetrag (§ 11 Abs. 1 S. 1 GewStG)	4.830
x	Hebesatz der Gemeinde (§ 16 GewStG)	x 400%
=	Gewerbesteuer	19.320

Gewerbesteuer und Sonstiges

1. Personengesellschaften werden nach dem Transparenzprinzip besteuert. **Richtig**
2. Für die Gründung einer GmbH genügt ein Gesellschafter. **Richtig**
3. Die Personengesellschaft ist für einkommen- bzw. körperschaftsteuerliche Zwecke ein eigenes Steuersubjekt. **Falsch**
4. Die Besteuerung von Einzelunternehmen ist nicht abhängig von der Rechtsform. **Falsch**
5. Durch Steuerermäßigungen können Steuerpflichtige motiviert werden sich nachhaltiger/ökologischer zu verhalten. **Richtig**

Umsatzsteuer

- a) Unternehmer Heidi verzichtet gegenüber Unternehmer Daniel gegen Bezahlung auf die Herstellung einer weiteren Spezialmaschine. **Sonstige Leistung**
- b) Hausbesitzer Falko vermietet eine Wohnung an den Angestellten Marcel. **Sonstige Leistung**
- c) Ein Unternehmer veräußert sein Betriebsgrundstück für 160.000 €. **Lieferung (Verschaffung der Verfügungsmacht)**
- d) Ein Eiscafé verkauft eine Eiskugel in einer Waffel, die der Gast mitnimmt. **Lieferung (Verschaffung der Verfügungsmacht)**

Umsatzsteuer Auf ihrer Homepage bietet die TaxFox GmbH aus Leipzig (Deutschland) eigene Steuerprogramme zum Download über das Internet an (Keine Standard-Software). Die Downloads wurden ausschließlich von Unternehmen mit Sitz in Wien (Österreich) vorgenommen. **Ist der Umsatz von der TaxFox GmbH in Deutschland steuerbar für Zwecke der Umsatzsteuer? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Hinweis: Auf die Unternehmereigenschaft, Umfang des Unternehmens und den Leistungsaustausch ist in Ihrer Lösung nicht einzugehen.**

- Es liegt eine sonstige Leistung gem. § 3 Abs. 9 UStG vor
- Gem. § 3a Abs. 2 S. 1 UStG Sitzort des Leistungspfängers (Empfängerortprinzip) = Wien = übriges Gemeinschaftsgebiet gem. § 1 Abs. 2a UStG **nicht steuerbar** gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG

Umsatzsteuer Möbelfabrikantin Daniela Gerecke aus Meißen (Deutschland) liefert Regale an den Möbeldändler Christian Zimmer in Dresden. Daniela Gerecke stellt Christian Zimmer für die Regale und den Transport einschließlich gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer 4.879 € in Rechnung. Christian Zimmer bezahlt durch Banküberweisung. **Liegt bei diesem Sachverhalt ein steuerbarer Umsatz vor? Wenn ja, wie hoch ist die Bemessungsgrundlage für den ausgeführten Umsatz? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Hinweis: Gehen Sie davon aus, dass keine Steuerbefreiung gem. § 4 UStG gegeben ist.**

- Daniela Gerecke ist Unternehmerin i.S.d. § 2 UStG, da sie eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt
- Es liegt eine Lieferung gem. § 3 Abs. 1 UStG vor
- die im Rahmen des Unternehmens von Daniela
- gegen Entgelt ausgeführt wird
- Der Ort der Lieferung ist § 3 Abs. 6 UStG, wo die Beförderung beginnt § Meißen § Meißen ist Inland, § 1 Abs. 2 S. 1 UStG
- Der Umsatz ist steuerbar, § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UStG
- Daniela Gerecke erbringt an Christian Zimmer eine steuerbare und mit 19 % (§ 12 Abs. 1 UStG) steuerpflichtige Lieferung
- Der Transport ist eine übliche, die Lieferungen wirtschaftlich ergänzende selbstständige Nebenleistung
- Aus der von Daniela Gerecke erteilten Rechnung ergeben sich die Bemessungsgrundlage von 4.100 € und die Umsatzsteuer von 779 €

Umsatzsteuer (END KLAUSUR)

- a) Vermieter Heinrich Müller vermietet an seinen Sohn eine Wohnung in Dresden. Die vereinbarte Monatsmiete beträgt 450 €, ein fremder Mieter müsste 700 € monatlich bezahlen. **Leistungsaustausch liegt vor.**
- b) Eine Buchhändlerin schenkt ihrer Schwester zum Geburtstag einen Roman. **Kein Leistungsaustausch**
- c) Eine Unternehmerin hat mehrere Tätigkeitsbereiche. Von ihrem Haushaltswarenhandel vermieten sie an ihren Zeitschriftenhandel Geschäftsräume. **Kein Leistungsaustausch (Innenumsatz)**

Besteuerungsverfahren (START PROBEKLAUSUR) Der Steuerpflichtige Friedrich Müller reicht seine Steuererklärung für 2021 am 28.09.2022 fristgerecht bei dem für ihn zuständigen Finanzamt Dresden ein. Mit einem einfachen Brief vom 11.01.2023 (Tag der Aufgabe zur Post) geht Friedrich Müller dem entsprechenden Bescheid für 2021 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung zu. Der Bescheid war mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Am 13.02.2023 sendet Friedrich Müller eine E-Mail zum Finanzamt Betreff „Widerspruch“. Eine qualifizizierte elektronische Signatur nach dem Signaturgesetz hatte Friedrich Müller noch nicht hinterlegt, so dass er seine E-Mail ohne Unterschrift versendete. In der E-Mail gab er jedoch seine Steuernummer sowie Anschrift an. Friedrich Müller führte zudem in der E-Mail an, dass seine Fahrtkosten zur Arbeit i.H.v. 1.300 € trotz Angabe in der Steuererklärung 2021 nicht berücksichtigt wurden. Nach zutreffender Auffassung können die in der Steuererklärung geltend gemachten Fahrtkosten als Werbungskosten steuerrechtlich anerkannt werden. Im Übrigen ist weder die Steuererklärung von Friedrich Müller sachlich zu beanstanden noch sind weitere Fehler im o.g. Einkommensteuerbescheid enthalten. **Angenommen, der „Widerspruch“ ist als Einspruch zu werten: Hätte der Einspruch Aussicht auf Erfolg? Gehen Sie in Ihrer Lösung nicht auf die Begründetheit ein. Bitte begründen Sie Ihre Antworten durch Angabe der einschlägigen Rechtsvorschriften.**

- Ein Einspruch hat Aussicht auf Erfolg, wenn er zulässig und begründet ist
- Der Einspruch ist **statthaft**, weil es sich bei dem Einkommensteuerbescheid 2021 um einen Verwaltungsakt i.S.d. § 118 AO in Abgabengangelegenheiten handelt (§ 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, Abs. 2), auf die AO anwendbar ist (§ 1 AO).
- Ein Ausschlussgrund nach § 348 AO liegt nicht vor.
- Die **Formvorschrift** des § 357 AO wurde beachtet.
- Der Einspruch wurde schriftlich eingereicht (§ 357 Abs. 1 S. 1 AO).
- Der Einspruchsführer war erkennbar (§ 357 Abs. 1 Satz 2 AO).
- Der Einspruch muss **fristgerecht** eingelegt worden sein.
- Gemäß §§ 355 Abs. 1, 356 AO muss der Einspruch innerhalb eines Monats, nachdem der Verwaltungsakt bekannt gegeben wurde, eingelegt worden sein.
- Der am 11.01.2023 mit einfachem Brief zur Post gegebene Bescheid galt gem. § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO grundsätzlich am 3. Tag nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben, somit am 14.01.2023. Da der 14.01.2023 ein Samstag war, verschob sich die Bekanntgabe auf den 16.01.2023 (§ 108 Abs. 3 AO).
- Die Einspruchsfrist begann mit Ablauf des 16.01.2023 (§ 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB) und endete mit Ablauf des 16.02.2023 (Donnerstag) (§ 188 Abs. 2 BGB).
- Der Einspruch wurde am 13.02.2023 eingelegt, somit fristgerecht
- Eine **Beschwer** liegt vor (§ 350 AO).
- Der Steuerpflichtige ist befugt, einen Einspruch einzulegen, da er geltend machen kann, als Adressat eines belastenden Verwaltungsakts in seinen Rechten verletzt zu sein.
- Eine Einkommensteuerfestsetzung auf 0 €, bei der grundsätzlich keine Beschwer besteht, liegt nicht vor.
- Nachdem alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, ist der Einspruch **zulässig** (§ 358 S. 2 AO)

Besteuerungsverfahren

1. Ein Steuerpflichtiger muss immer alle 5 Besteuerungsverfahren bei der Veranlagung der zutreffenden Steuer durchlaufen. **Falsch**
2. Das Erhebungsverfahren endet mit dem Erlöschen der Steuerschuld z.B. durch Zahlung gem. § 224 AO. **Richtig**
3. Im Straf- bzw. Bußgeldverfahren werden Pflichtverletzungen geahndet. **Richtig**
4. Im Ermittlungsverfahren wird u.a. die Höhe der Einkünfte festgestellt. **Richtig**
5. Im Rahmen des Festsetzungsverfahrens kann ein Steuerpflichtiger einen Einspruch gegen einen Steuerbescheid einlegen. **Falsch**
6. Steuerhinterziehung durch bewusste Falschangaben werden im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens geahndet. **Falsch**

Einkommensteuer Der Sänger Tim Weiß hat seinen Wohnsitz in New York (USA), aber hält sich für Tonaufnahmen für sein neues Album im Zeitraum vom 15.03.2023 bis einschließlich 30.09.2023 in Hamburg auf und wohnt in dieser Zeit im Hamburger Hotel Atlantic. Lediglich in der Zeit vom 23.06.2023 bis 02.07.2023 flog Tim Weiß zu seiner Familie nach New York. **Ist Tim Weiß in Deutschland einkommensteuerpflichtig? Wenn ja, in welchem Umfang? Bitte begründen Sie Ihre Antworten durch Angabe der einschlägigen Rechtsvorschriften.**

- Tim hat keinen Wohnsitz (§ 8 AO) in Deutschland
- Die für die Annahme eines **gewöhnlichen Aufenthaltes** notwendigen 6 Monate wurden überschritten (§ 9 S. 1, 2 AO).
- Der **Rückflug** in die USA unterbricht die 6 Monate nicht, da die Absicht bestand, die Arbeiten im Inland fortzusetzen (kurzfristige Unterbrechung)
- Tim ist für die gesamte Zeit vom 15.03. bis 30.09.2023 **unbeschränkt einkommensteuerpflichtig**. § 1 Abs. 1 S. 1 EStG
- Für ihn gilt das **Welteinkommensprinzip**. Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht erstreckt sich auf sämtliche Einkünfte aus inländischen und ausländischen Quellen (soweit nicht für bestimmte Einkünfte abweichende Regelungen bestehen)

Einkommensteuer

- a) Einkünfte aus der Tätigkeit eines Pianisten
- b) Einkünfte aus dem Betrieb von Weinbau
- c) Angestellte Steuerberaterin in einer Kanzlei
- d) Rentenzahlungen von Sozialversicherungsträgern
- e) Einnahmen aus der Vermietung einer Eigentumswohnung
- f) Fotograf, der ausschließlich Werbeaufnahmen macht

Welche Einkunftsarten liegen in den o.g. Fällen vor? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

- EasA § 18 EStG
- Ealuf § 13 EStG (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 EStG)
- EansA § 19 EStG
- eS § 22 EStG
- EavVu § 21 EStG
- EawGw § 15 EStG

Einkommensteuer Theodor Schmidt hält 15 % der Anteile der Schöner-Wohnen-GmbH im Privatvermögen. Auf dem privaten Bankkonto von Theodor Schmidt geht im laufenden Jahr eine Dividendenzahlung von 56.250 € ein.

Welche Einkunftsart liegt in diesem Fall vor und wie hoch sind die Einnahmen von Theodor Schmidt? Was sollte er tun, wenn sein persönlicher Steuersatz bei 14% liegt? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

- EakpV § 20 EStG
- Da von der Bruttodividende (56.250 €) bereits 25 % KEST abgeführt wurde, war diese vor der KEST 75.000 €
- The sollte die sog. Günstigerprüfung § 32d Abs. 6 EStG beantragen
- Überprüfung wird von FA durchgeführt und ist nur dann für Theo günstiger, wenn der Differenzsteuersatz auf seine Kapitaleinkünfte unter 25 % liegt

Körperschaftsteuer Thea Müller und die Living-GmbH sind jeweils zu 40 % an der House-GmbH beteiligt. Auf der Gesellschaftersammlung der House-GmbH wurde beschlossen, im Jahr 2024 an alle Gesellschafter insgesamt eine Dividende i.H.v. 100.000 € auszuschütten. Die Aufteilung erfolgt anhand der Beteiligungsverhältnisse. Zudem sind folgende Informationen bekannt:

- Thea Müller hält die Anteile im Privatvermögen und hat das Optionsrecht nach § 32d Abs. 2 Nr. 3 S. 1 Buchst. a EStG nicht beantragt. Zudem hat sie ihren Steuerberater mehrmals wegen der Gesellschafteranteile kontaktiert. Die entstandenen Kosten belaufen sich auf 300 €
- Thea Müller hat noch andere Einkünfte und erreicht somit den Spitzensteuersatz von 45 %. Zudem ist sie in Deutschland unbeschränkt Einkommensteuerpflichtig. Die Living-GmbH hat ihre Anteile mit einem Darlehen finanziert. Die Zinsen belaufen sich auf 2.100 € p.a. Zudem ist sie in Deutschland unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig.
- Die House-GmbH hat für Thea Müller sowie für die Living-GmbH bereits jeweils 10.000 € Quellensteuer auf die o.g. Dividenden an das Finanzamt abgeführt.
- GewSt, SolZ sowie Sparer-Pauschbetrag sollen unberücksichtigt bleiben.

Welche Einkünfte erzielen Thea Müller und die Living-GmbH aufgrund der Ausschüttung? Können Thea Müller und die Living-GmbH mit einer Steuererstattung aufgrund der bereits abgeführten Quellensteuer rechnen? Wenn ja, in welcher Höhe? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Thea Müller:

- EakpV gem. § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG
- Hält die Anteile im Privatvermögen, daher Besteuerung mit 25% Abgeltungssteuer, § 32 d Abs. 1, 3 EStG, § 43 Abs. 5 EStG
- tatsächliche Werbungskosten sind grds. nicht abzugsfähig, nur SparerPauschbetrag § 20 Abs. 9 EStG, dieser bleibt aber unberücksichtigt
- 100.000 € x 40 % = 40.000 € Bruttodividende
- 40.000 € x 25 % = 10.000 €
- Entspricht der von der House-GmbH abgeführten Steuer
- Abgeltungssteuer ist endgültig, Einkünfte aus Kapitalvermögen werden nicht in die Veranlagung einbezogen
- Thea kann mit keiner Steuererstattung rechnen

Living-GmbH:

- EawGw gem. § 8 Abs. 2 KStG - 100.000 € x 40 % = 40.000 € Bruttodividende
- § 8b Abs. 1 KStG: Dividende ist zu 100 % steuerfrei
- aber § 8b Abs. 5 KStG: 5 % gelten als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben
- 5% x 40.000 € = 2.000,00 €
- Betriebsausgaben = -2.100 €
- steuerpflichtiges Einkommen = -100

- Living-GmbH muss demnach keine Steuern auf die Ausschüttung zahlen

- 40.000 € x 25 % = 10.000 € wurden richtigerweise von der House-GmbH abgeführt
- Erstattung 10.000 €

ANMERKUNG

- **Unbeschränkte Steuerpflicht** → § 1 Abs. 1 EStG Gilt für natürliche Personen, die einen Wohnsitz (§ 8 AO) oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt (§ 9 AO) in Deutschland haben.
- **Dauer:** Aufenthalt in Deutschland für mehr als 6 Monate (183-Tage-Regel).
- **Folge:** Besteuerung des Welteinkommens (alle Einkünfte weltweit).
- **Beschränkte Steuerpflicht** → § 49 EStG Gilt für Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, aber bestimmte Einkünfte aus Deutschland erzielen (z. B. Mieteinnahmen, Arbeitslohn aus Deutschland).
- **Dauer:** Weniger als 6 Monate Aufenthalt in Deutschland.
- **Folge:** Besteuerung nur der inländischen Einkünfte gemäß § 49 EStG.

ANMERKUNG (Leistungsaustausch)

Eine Leistung → Eine Lieferung oder Dienstleistung muss erbracht werden. **Eine Gegenleistung (Entgelt)** → Der Leistungsempfänger gibt etwas als Gegenleistung (z. B. Geld, Ware oder eine andere Leistung). **Welchelseitiger Zusammenhang** → Die Leistung und die Gegenleistung müssen wirtschaftlich miteinander verknüpft sein (d. h., die Leistung wird gerade wegen der Gegenleistung erbracht).

Gewerbesteuer und sonstiges Der Gewerbesteuerbeitr. Sandro Karcher hat folgende Betriebsausgaben zurechtlegend gemindert gebucht:

- Lizenz- und Konzessionsaufwendungen 252.000 €
- langfristige und kurzfristige Schuldzinsen 62.000 €
- Miet-/ Pacht- und Leasingaufwendungen für unbewegliche Wirtschaftsgüter 90.000 €
- Renten und dauernde Lasten für Grundstückserwerb 32.000 €

100 % Schuldzinsen (sowohl langfristig, als auch kurzfristig)	§ 8 Nr. 1 a	62.000 €
100 % Renten und dauernde Lasten (ohne Pensionszusagen)	§ 8 Nr. 1 b	32.000 €
100 % Gewinnanteile des (typisch) stillen Gesellschafters	§ 8 Nr. 1 c	0
20 % Miet- und Pachtzinsen für bewegliche WG		0
50 % Miet- und Pachtzinsen für unbewegliche WG 90.000 € x 50 %		45.000 €
25 % Entgelte für Überlassung von Rechten (z.B. Lizenzen) 252.000 € x 25 %		63.000 €
= Summe der Finanzierungsanteile		202.000 €
Freibetrag i.H.v. 200.000 €		
= verbleibender Betrag		2.000 €
x 25 % (§ 8 Nr. 1 GewStG)		
= Hinzurechnungsbetrag		500 €

Gewerbesteuer und sonstiges

1. Kapitalgesellschaften werden nach dem Trennungsprinzip besteuert **Richtig**

2. Für die Gründung einer OHG genügt ein Gesellschafter. **Falsch**

3. Die Gründung einer GmbH ist durch einen Gesellschafter möglich. **Richtig**

4. Personengesellschaften werden nach dem Transparenzprinzip besteuert **Richtig**

5. Die Personengesellschaft ist für einkommen- bzw. körperschaftsteuerliche Zwecke kein eigenes Steuersubjekt **Richtig**

Umsatzsteuer Richard Schuster betreibt als gelernter Baumeister seit dem 01.01.2019 in Dresden einen Handel mit Baumaschinen. Seit dem 01.01.2021 betreibt Richard Schuster zusätzlich einen Handel mit Bau- und Handwerkerbedarf ebenfalls in Dresden. Mit seiner Familie wohnt Richard Schuster in einem Einfamilienhaus in Bannwitz bei Dresden, das sich in seinem Alleineigentum befindet.

Nehmen Sie zur Unternehmereigenschaft und zum Umfang des Unternehmens (inkl. Negativabgrenzung) von Richard Schuster Stellung. Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Unternehmereigenschaft

- Richard ist Unternehmer, da er eine gewerbliche Tätigkeit selbstständig und nachhaltig zur Erzielung von Einnahmen ausübt, § 2 Abs. 1 S. 1 und 3 UStG.

Umfang des Unternehmens

- Das Unternehmen von Richard umfasst den Baumaschinenhandel sowie den Handel mit Bau- und Handwerkerbedarf in Dresden, § 2 Abs. 1 S. 2 UStG

- Das Einfamilienhaus gehört nicht zum Unternehmen von Richard. Durch die Eigennutzung fehlt es an der Einnahmeerzielungsabsicht

Umsatzsteuer Die Schöner-Bauen-GmbH aus Leipzig liefert an die Engin-de-chantier S.A.R.L. in Paris (Frankreich) eine Maschine für 12.000 €. Die Lieferung erfolgt mit dem eigenen LKW der Schöner-Bauen-GmbH von Leipzig nach Paris.

Ist der Umsatz in Deutschland steuerbar für Zwecke der Umsatzsteuer? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Hinweis: Sowohl die Schöner-Bauen-GmbH als auch die Engin-de-chantier S.A.R.L. sind Unternehmer. Auf die Unternehmereigenschaft, Umfang des Unternehmens und den Leistungsaustausch ist in Ihrer Lösung nicht einzugehen.

- Es liegt eine Lieferung gem. § 3 Abs. 1 UStG vor
- Gem. § 3 Abs. 6 UStG gelten Lieferungen grds. dort ausgeführt, wo die Beförderung oder Versendung an den Abnehmer beginnt (hier: Beförderung)
- Der Ort dieser Lieferung ist gem. § 3 Abs. 6 S. 1 UStG i. V. m. § 3 Abs. 5a UStG in Leipzig. Leipzig ist inlnd, § 1 Abs. 2 S. 1 UStG. Der Umsatz ist steuerbar, § 1 Abs. 1 S. 1 UStG

Umsatzsteuer (END PROBEKLAUSUR) Klara Müller ist Sportlerin und betreibt einen Handel für Fitnessgeräte in Dresden. Da sie lieber mehr Zeit für Sport hat, übergibt sie ihrem Steuerberater Martin Groß verschiedene Belege für die Erstellung der Umsatzsteuererklärung 2023 und bittet ihn diese Belege zu prüfen. Einer dieser Belege ist eine Rechnung vom 20.11.2023 über den Erwerb von Büromaterial i.H.v. 65 €. Laut Rechnung ist in dem vorgenannten Betrag, die Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe enthalten. Das konkrete Entgelt, die darauf entfallende Umsatzsteuer sowie der entsprechende Steuersatz sind jedoch nicht gesondert angegeben. **Berechtigt der Beleg Klara Müller zum Vorsteuerabzug? Und wenn ja, in welcher Höhe? Begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.**

- Die Rechnung erfüllt nicht die Voraussetzungen des § 14 Abs. 4 UStG, da weder das Entgelt noch die darauf entfallende Umsatzsteuer angegeben sind § 14 Abs. 4 S. 1 Nr. 7 und 8 UStG

- Eine Kleinbetragsrechnung i.S.d. § 33 UStDV liegt vor, da der Gesamtbetrag 250 € nicht übersteigt

- Die Anforderungen an eine Kleinbetragsrechnung gem. § 33 UStDV sind nicht erfüllt, da der Hinweis auf der Rechnung, dass „die Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe enthalten“ ist, nicht die Angabe des Steuersatzes ersetzt, § 33 S. 1 Nr. 4 UStDV

- Klara Müller kann eine berechtigte Rechnung vom leistenden Unternehmer anfordern

- Klara Müller kann aus der Rechnung keinen Vorsteuerabzug vornehmen

AO

1. Ausstellung eines Personalbeweises → Gebühr

2. Die Gemeinde befindet im Neubaugebiet die Straße. Sie erhebt hierfür von den Anliegern ein einmaliges Entgelt → Beitrag

3. Abwasser-/Müllbeseitigung → Gebühr

4. Halten eines Kfz, Einnahmen werden vom Zoll verwaltet → Steuer

AO (Schätzung & Verspätungszuschlag) In die Dresden wohnhafte Auto-Händlerin Tabeca Müller erzielte im Kalenderjahr 2022 Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Da Tabeca Müller (wie in den Vorjahren) den mehrfachen Aufforderungen des Finanzamts Dresden zur Abgabe der Einkommen- und Umsatzsteuererklärung 2022 nicht nachgekommen ist, hat der zuständige Bearbeiter im Finanzamt Dresden Herr Schmidt die Besteuerungsgrundlagen in Anlehnung an die Ergebnisse der Vorjahre geschätzt. Wegen erheblicher Verlustvorträge aus den Vorjahren ergab sich eine Einkommensteuerfestsetzung für 2022 i.H.v. 0 €. Die festgesetzte Umsatzsteuer 2022 betrug 5.900 €. Nach Anrechnung der Vorauszahlungen für 2022 von insgesamt 4.400 € verblieb eine Abschlusszahlung i.H.v. 1.500 €. Für die Umsatzsteuer 2022 hat Herr Schmidt zusätzlich einen Verspätungszuschlag i.H.v. 500 € festgesetzt.

1. Liegen für die Einkommen- und Umsatzsteuer 2022 die Voraussetzungen für eine Schätzung vor?

2. Ist Tabeca Müller auch nach durchgeführter Schätzung zur Abgabe der Einkommen und Umsatzsteuererklärung für 2022 verpflichtet?

3. Dürfte Herr Schmidt einen Verspätungszuschlag wegen Nichtabgabe der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2022 festsetzen? Wie ist die Höhe des Verspätungszuschlages zu beurteilen? (Annahme: Tabeca Müller hat keinen StB)

► Tabeca Müller ist ihren sich aus § 149 Abs. 1 AO ergebenden Pflichten zur Abgabe der Einkommensteuer- und Umsatzsteuererklärung 2022 nicht nachgekommen. Das Finanzamt war mangels anderweitiger Möglichkeit der Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen gem. § 162 Abs. 1 S. 1 AO zur Schätzung verpflichtet.

► Bei der Schätzung sind gem. § 162 Abs. 1 S. 2 AO alle wesentlichen Umstände zu berücksichtigen, d.h., dass die Schätzung so genau wie möglich zu erfolgen hat. ► Nach § 149 Abs. 1 S. 4 AO bleibt die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung auch dann bestehen, wenn das Finanzamt die Besteuerungsgrundlagen geschätzt hat

► Tabeca Müller ist ihrer Verpflichtung zur Abgabe der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2022 (§ 149 Abs. 1 S. 1 AO i. V. m. § 18 Abs. 3 UStG oder §149 Abs. 1 S. 2 AO Aufforderung durch das Finanzamt) nicht nachgekommen (§ 152 Abs. 1 S. 1 AO)

► Aufgrund ihres Verhaltens (Ignorieren der mehrfachen Aufforderungen des Finanzamts sowie des Abgabeverhaltens in den Vorjahren) ist von einer schuldhaften Versäumnis auszugehen. Die Voraussetzungen des § 152 Abs. 1 AO für die Festsetzung eines Verspätungszuschlages liegen somit dem Grunde nach vor

Bekanntgabezeitpunkte	
Einfacher Brief Inland	am 3. Tag nach Aufgabe zur Post; Frist i.S.d. § 108 III AO
Einfacher Brief Ausland	1 Monat nach Aufgabe zur Post; Frist i.S.d. § 108 III AO
Einschreiben-Einwurf keine Zustellung i.S.d. § 4 VwZG	wie einfacher Brief (§ 122 II Nr. 1 AO)
Einschreiben durch Übergabe	am 3. Tag nach Aufgabe zur Post (§ 4 Abs. 2 S. 2 VwZG); Frist i.S.d. § 108 III AO
Einschreiben mit Rückschein	an dem Tag, den der Rückschein anliegt (§ 4 Abs. 2 S. 1 VwZG)
Zustellung durch Zustellungsurkunde über § 3 Abs. 2 VwZG gelten die §§ 177 - 182 ZPO	am tatsächlichen Zustellungstag, keine Drei-Tage-Bekanntgabeberegung. Die Zustellungsurkunde ist eine öffentliche Urkunde i.S.d. § 418 ZPO

AO (Begründetheit) Das Finanzamt änderte den bestandskräftigen Einkommensteuerbescheid des Mediziners Dr. Achim Bergmann. Die Korrektur erfolgte wegen bisher nicht erklärter Leistungen eines Pharmaunternehmens an Achim Bergmann. Die Steuer wurde um 10.000 € von bisher 50.000 € auf nunmehr 60.000 € erhöht. Achim Bergmann legte hiergegen form- und fristgerecht Einspruch ein und beantragte unter Vorlage von Belegen die Anerkennung von Betriebsausgaben, die eine steuerliche Auswirkung von -15.000 € hätten. Das Finanzamt stellte fest, dass sich Achim Bergmann im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung trotz mehrfacher Aufforderung durch das Finanzamt ohne Angabe von Gründen geweigert hatte, die Zahlung der o. g. Betriebsausgaben näher zu belegen.

Ist der Einspruch begründet?

► Der Einspruch ist begründet, soweit der angegriffene Verwaltungsakt rechtswidrig ist und Achim Bergmann dadurch in seinen Rechten verletzt ist

► Die Finanzbehörde hat die Sache grundsätzlich in vollem Umfang zu prüfen (§ 367 Abs. 2 S. 1 AO)

► Da ein bestandskräftiger Bescheid geändert wird, kann daher nur insoweit angegriffen werden, als die Änderung reicht

► Achim Bergmann kann also nur die Erhöhung von 50.000 € auf 60.000 € angreifen und damit nur Betriebsausgaben i.H.v. 10.000 €, nicht aber i.H.v. 15.000 € geltend machen

► Der Einspruch ist also nur i.H.v. 10.000 € begründet, im Übrigen unbegründet.

AO Klausurtechnik

► Ein Einspruch hat nur dann Erfolg, wenn er **zulässig** und **begründet** ist

► Zulässigkeit:

- Der Einspruch ist **statthalt**, weil es sich bei dem Einkommensteuerbescheid um einen **Verwaltungsakt** i.S.d. § 118 AO in Abgabengelegenheiten handelt (§ 347 Abs. 2 S. 1 Nr. 1, Abs. 2), auf die die AO anwendbar ist (§ 1 AO). Ein **Ausschlussgrund** nach § 348 AO liegt nicht vor.
- Die **Formvorschrift** des § 357 AO wurde beachtet. Der Einspruch wurde schriftlich eingereicht (§ 357 Abs. 1 S. 1 AO).
- Der Einspruch muss **fristgerecht** eingelegt worden sein. Gemäß § 355 Abs. 1, 356 AO muss der Einspruch innerhalb eines Monats, nachdem der Verwaltungsakt bekannt gegeben wurde, eingelegt worden sein. Der am xx.xx.2024 mit einfachem Brief zur Post gegebene Bescheid galt gem. § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO grundsätzlich am 3. Tag nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben, somit am xx.xx.2024. Da der xx.xx.2024 ein Samstag/Sonntag/Feiertag war, verschoß sich die Bekanntgabe auf den xx.xx.2024 (§ 108 Abs. 3 AO). Die Einspruchsfrist begann mit Ablauf des xx.xx.2024 (§ 108 Abs. 1 AO i.V. m. § 187 Abs. 1 BGB) und endete grds. mit Ablauf des xx.xx.2024 (§ 188 Abs. 2 BGB). Da der xx.xx.2024 ein Samstag/Sonntag/Feiertag war, endet die Frist am xx.xx.2024 (§ 108 Abs. 3 AO). Der Einspruch wurde am xx.xx.2024 eingelegt, somit (nicht) fristgerecht
- Eine **Beschwer** liegt vor (§ 350 AO). Der Steuerpflichtige ist befugt, einen Einspruch einzulegen, da er geltend machen kann, als Adressat eines belastenden Verwaltungsakts in seinen Rechten verletzt zu sein. Eine Einkommensteuerfestsetzung auf 0 €, bei der grundsätzlich keine Beschwer besteht, liegt nicht vor.
- Nachdem alle Zulässigkeitsvoraussetzungen (nicht) erfüllt sind, ist der Einspruch (un)zulässig (§ 358 S. 2 AO)

► Begründetheit:

- Der Einspruch ist begründet, soweit der angegriffene VA rechtswidrig ist und der Einspruchsführer dadurch in seinen Rechten verletzt ist. (..) Die Finanzbehörde hat die Sache in vollem Umfang erneut zu prüfen (§ 367 Abs. 2 S. 1 AO).

USTG (Ort der sonstigen Leistung) Auf ihrer Homepage bietet die Softmacro GmbH aus Dresden eigene Computerprogramme zum Download über das Internet an. Die Downloads wurden vorgenommen von:

(1) Unternehmern mit Sitz in Deutschland

► B2B ► gem. § 3a Abs. 2 S. 1 UStG Sitzort des Leistungsempfängers (Empfängerortprinzip) = Deutschland -> Inland gem. § 1 Abs. 2 S. 1 UStG -> steuerbar gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG

► § 3a Abs. 5 S. 1 und 2 Nr. 3 UStG kommt nicht zur Anwendung, da der Leistungsempfänger ein Unternehmer ist, A 3a.9a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UStAE

(2) Unternehmern mit Sitz im EU-Ausland

► B2B

► gem. § 3a Abs. 2 S. 1 UStG Sitzort des Leistungsempfängers (Empfängerortprinzip) = übriges Gemeinschaftsgebiet gem. § 1 Abs. 2a UStG -> nicht steuerbar gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG (grenzüberschreitende innergemeinschaftliche Dienstleistung)

► § 3a Abs. 5 S. 1 und 2 Nr. 3 UStG kommt nicht zur Anwendung, da der Leistungsempfänger ein Unternehmer ist, A 3a.9a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UStAE

(3) Privatkunden mit Wohnsitz im EU-Ausland

► B2C, grds. am Ort des leistenden Unternehmers gem. § 3a Abs. 1 UStG (Sitzortprinzip), aber:

► gem. § 3a Abs. 5 S. 1 und 2 Nr. 3 UStG i.V.m. A 3a.9a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UStAE Wohnsitz des Leistungsempfängers = übriges Gemeinschaftsgebiet gem. § 1 Abs. 2a UStG -> nicht steuerbar gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG (grenzüberschreitende innergemeinschaftliche Dienstleistung)

(4) Privatkunden mit Wohnsitz im Drittland

► B2C, grds. am Ort des leistenden Unternehmers gem. § 3a Abs. 1 UStG (Sitzortprinzip), aber:

► gem. § 3a Abs. 5 S. 1 und 2 Nr. 3 UStG Wohnsitz des Leistungsempfängers = Drittland gem. § 1 Abs. 2a S. 3 UStG -> nicht steuerbar gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG

ESTG (Steuerpflicht natürlichen Personen) Anton Schnorr besitzt sehr exklusive Modeboutiquen in München und Paris (Frankreich). Ist Anton Schnorr in Deutschland einkommensteuerpflichtig, wenn er

(1) in München wohnt

► natürliche Person (+)

► Wohnsitz in Deutschland gem. § 8 AO (+)

► **unbeschränkte** Steuerpflicht nach § 1 Abs. 1 EStG i.V.m. § 8 AO mit seinem Welteinkommen

(2) eine Wohnung in München und eine Wohnung in Paris hat

► natürliche Person (+)

► Wohnsitz in Deutschland gem. § 8 AO (+)

► **unbeschränkte** Steuerpflicht nach § 1 Abs. 1 EStG i.V.m. § 8 AO mit seinem Welteinkommen

(3) in Paris wohnt, sich aber jedes Jahr von April bis November bei seinem Bruder in München aufhält

► natürliche Person (+)

► Wohnsitz in Deutschland gem. § 8 AO (-)

► Gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland gem. § 9 AO (+)

► April-November > 6 Monate

► **unbeschränkte** Steuerpflicht nach § 1 Abs. 1 EStG i.V.m. § 9 AO mit seinem Welteinkommen

(4) in Paris wohnt, aber jeden Tag nach München fährt, um sein Geschäft zu führen?

► natürliche Person (+)

► Wohnsitz in Deutschland gem. § 8 AO (-)

► Gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland gem. § 9 AO (-)

► **beschränkte** Steuerpflicht nach § 1 Abs. 4 EStG mit seinem inländischen Einkommen gem. § 49 Abs. 1 EStG

ESTG (Unbeschränkte Steuerpflicht)	
§ 13 EStG	Land- und Forstwirtschaft
§ 15 EStG	Gewerbebetrieb z.B. Künstleralter/Manager ► Self-Publishing-Autor ► Fotograf ► Fitnessstudio (kein Unterricht, nur Orientierung/ Einführung in die Benutzung der Geräte) ► Klavierstimmer ► Fahrlehrer, der zahlreiche Mitarbeiter beschäftigt
§ 18 EStG	Selbstständige Arbeit z.B. ► Künstler ► Autor ► künstlerischer Fotograf ► Fitnessstudio (Unterricht, individuelles Programm für jedes Mitgled) ► Pianist ► Lehrtätigkeit an einer Volkshochschule ► Mitunternehmer einer Berufsausübungsgemeinschaft von Steuerberatern
§ 19 EStG	Nichtselbstständige Arbeit
§ 20 EStG	Kapitalvermögen
§ 21 EStG	Vermietung und Verpachtung
§ 22 EStG	Nr. 7 - 10 - Sonstige Einkünfte

ESTG (Kosten der Lebensführung) Ronja Hillebrand ist Rechtsanwältin und hat einige Aufwendungen, die sowohl den betrieblichen als auch den privaten Bereich betreffen. Sind die genannten Aufwendungen abzugsfähig?

Sie nutzt ihr privates Telefon, ihr Lesezimmer und ihr Auto auch für betriebliche Zwecke.

- hier kann eine Aufteilung nach Telefoneinheiten, Quadratmetern sowie gefahrenen Kilometern erfolgen.
- Der betrieblich/berufliche Anteil ist als Betriebsausgaben/Werbungskosten abziehbar (§ 4 Abs. 4, § 9 EStG)
- Privater Anteil ist nicht abziehbar (§ 12 EStG)

Sie hat neben ihren privaten Freundeskreis (20 Personen) auch 2 Berufskollegen*innen zu ihrer Geburtstagsfeier eingeladen

- Hier ist eine objektive Aufteilung nicht möglich
- Die private Nutzung ist hier jedoch nicht untergeordnet, daher insgesamt nicht abziehbar (§ 12 EStG)

Sie hat in England einen Sprachkurs besucht, um ihre beruflichen Chancen zu verbessern, als Urlaubsland ist ihr Italien jedoch lieber

- Hier ist eine objektive Aufteilung nicht möglich
- Sprachkurs dient überwiegend dem beruflichen Vorankommen, daher alles als Betriebsausgabe/Werbungskosten abzugsfähig

KSTG (Verlustabzug) Hans Müller hat im VZ 01 so hohe Verluste erzielt, dass auch nach dem horizontalen und vertikalen Verlustausgleich ein negativer Gesamtbetrag der Einkünfte i.H.v. 30.000 € verbleibt. Im Vorjahr betrug sein zV € 9.500 €.

Kann er den Verlust nach 00 zurücktragen? Wenn ja, in welcher Höhe?

Annahme: Der Grundfreibetrag betrug in VZ 00 9.000 €

► Ja, kann er grds. ► Allerdings sollte er beachten, dass auch ohne Verlu rücktrag Teile seines zV nicht versteuert werden ► Dies gilt insbesondere für den Grundfreibetrag i.H.v. 9.000 € ► Hans Müller sollte daher nur 500 € (9.500 - 9.000) in VZ 00 zurücktragen und den Rest des Verlustes (29.500 €) in VZ 02 vortragen

KSTG (Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA)) Merkmale einer verdeckten Gewinnausschüttung (KStR R 8.5 Abs. 1 S. 1)

1) Beispiele:

- Überteuerter Kauf von Privatvermögen durch die Gesellschaft (z.B. Gemälde für 15.000 € statt 150 €).
- Untervermietung an Gesellschafter unter Marktwert.
- Übernahme privater Kosten (z.B. Paartherapie) durch die Gesellschaft.

KSTG (Verdeckte Einlage (VE)) Eine verdeckte Einlage i.S.d. § 8 Abs 3 Satz 3 KStG liegt vorBeispiele:

- Unentgeltliche Überlassung eines Pkw für betriebliche Nutzung.
- Darlehen mit untermarktbaren Zinsen (z.B. a 5 % statt 6 %).
- Schenkung eines Grundstücks an die Gesellschaft.

KSTG (Steuerpflicht von Körperschaften) Der Gesellschaftsgeschäftsführer Markus Hiller der Patentverwertungs-GmbH mit Sitz in Luxemburg trifft seine Entscheidungen grundsätzlich von seinem Wohnhaus in Köln aus. Geschäftsräume sind in Deutschland nicht vorhanden.

Ist die Patentverwertungs-GmbH in Deutschland körperschaftsteuerpflichtig? Wenn ja, in welchem Umfang?

► Der Ort der Geschäftsführung (§ 10 AO) der GmbH befindet sich in Köln und somit im Inland (§ 1 Abs. 1 KStG)

► Es ist unerheblich, dass sich im Inland keine eigentlichen Betriebsräume befinden

► Die GmbH ist daher unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig (§ 1 Abs. 1 KStG) mit ihrem gesamten Welteinkommen (§ 1 Abs. 2 KStG)

KSTG (Beschränkte Steuerpflicht) Die Canada-Corp. (vergleichbar mit einer deutschen KapG) mit Sitz und Geschäftsführung in Toronto entsendet für einen längeren Zeitraum einen Mitarbeiter nach Dresden. Dieser soll auftragsgemäß den Vertrieb in Deutschland organisieren. Hierzu ist er berechtigt, Aufträge hereinzuholen und Lieferverträge im Namen des Unternehmens abzuschließen.

Wird in Deutschland eine Steuerpflicht begründet? Wenn ja, in welchem Umfang?

► Die Canada-Corp. hat weder Sitz noch Geschäftsführung in Deutschland (§§ 10, 11 AO). Sie ist daher nicht unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig (§ 1 Abs. 1 KStG)

► Sie könnte gem. § 2 Nr. 1 KStG beschränkt körperschaftsteuerpflichtig sein, wenn sie inländische Einkünfte i.S.d. § 49 Abs. 1 EStG i.V.m. § 8 Abs. 1 S. 1 KStG erzielt

► Hier kommen Einkünfte gem. § 49 Abs. 1 S. 1 KStG in Betracht. Hierfür bedarf es einer Betriebsstätte (§ 12 AO) oder eines ständigen Vertreters (§ 13 AO)

► Gem. § 13 S. 1 AO gilt als ständiger Vertreter eine Person, die nachhaltig die Geschäfte eines Unternehmens besorgt und dabei dessen Sachweisungen unterliegt

► Hier vorliegend greift § 13 S. 2 Nr. 1 AO, da der Mitarbeiter berechtigt ist, nachhaltig Verträge abzuschließen und Aufträge einholt

► Demnach ist die Canada-Corp. mit den hieraus resultierenden inländischen Einkünften beschränkt steuerpflichtig (§ 2 Nr. 1 KStG i.V.m. 49 Abs. 1 Nr. 2 Bst. a EStG)

► Da es sich hierbei um einen DBA-Sachverhalt handelt, wäre nun noch das DBA-Canada zu prüfen.

USTG (Unternehmereigenschaft) Der fünf Jahre alte Emil Schumann ist Alleinerbe des am 08.09.2023 verstorbenen Anton Schumann. Zum Nachlass von Anton Schumann gehört u.a. die Firma Möbelfabrik Schumann, deren Alleininhaber Anton Schumann war. Das Unternehmen wird nach testamentarischer Verfügung des Erblassers bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres des Erben von der Geschäftsführerin Ingrid Weiß fortgeführt.

Nehmen Sie bei dem geschilderten Sachverhalt zur Unternehmereigenschaft von Emil Schumann Stellung.

► Der fünfjährige Emil Schumann ist Unternehmer i. S. d. § 2 Abs. 1 UStG

► Für die Unternehmereigenschaft ist nicht entscheidend, wer tätig wird, sondern in wessen Namen eine unternehmerische Tätigkeit ausgeübt wird, vgl. A 2.1 Abs. 7 UStAE

USTG (Unternehmereigenschaft / Umfang des Unternehmens) Tabeca Schwarz betreibt als gelernte Maschinenbaingenieurin seit dem 01.10.2018 in Dresden einen Baumaschinenhandel. Mit ihrer Familie wohnt Tabeca Schwarz in einer Eigentumswohnung in Dresden, die sich in ihrem Alleineigentum befindet. Seit dem 01.01.2020 ist Tabeca Schwarz zusätzlich als Gesellschafterin und Geschäftsführerin der Firma BauMa KG in Radeberg tätig. Die KG produziert Baumaschinen. Die Geschäftsführertätigkeit von Tabeca Schwarz wird durch die Beteiligung am Gewinn/Verlust an der KG abgegolten. Eine gesonderte Tätigkeitsvergütung ist nicht vereinbart.

Nehmen Sie zur Unternehmereigenschaft und zum Umfang des Unternehmens (inkl. Negativabgrenzung) von Tabeca Schwarz Stellung.

Unternehmereigenschaft

► Tabeca Schwarz ist Unternehmerin, da sie eine gewerbliche Tätigkeit selbstständig und nachhaltig zur Erzielung von Einnahmen ausübt, § 2 Abs. 1 S. 1 und 3 UStG.

Umfang des Unternehmens

► Das Unternehmen von Tabeca Schwarz umfasst den Baumaschinenhandel in Dresden, § 2 Abs. 1 S. 2 UStG

► Die Eigentumswohnung gehört nicht zum Unternehmen von Tabeca Schwarz. Durch die Eigennutzung fehlt es an der Einnahmeerzielungsabsicht, Folgerung aus A 2.3 Abs. 8 S. 1 UStAE

► Mit der Tätigkeit als Gesellschafterin bei der Firma BauMa KG in Radeberg begründet Tabeca Schwarz keine Unternehmereigenschaft, da diese Tätigkeit durch die Beteiligung am Gewinn/Verlust der KG abgegolten wird, vgl. A 1.6 Abs. 3 S. 2 und 3 UStAE

► Mit der Tätigkeit als Geschäftsführerin bei der Firma BauMa KG begründet Tabeca Schwarz ebenfalls keine Unternehmereigenschaft, da diese Tätigkeit durch die Beteiligung am Gewinn/Verlust der KG abgegolten wird und keine Tätigkeitsvergütung für die Geschäftsführungsleistung gezahlt wird, A 1.6 Abs. 4 Beispiel 1 UStAE

(USTG) Leistungsaustausch

1) Der Lkw des Unternehmers Peter Ullmann wird durch den Autofahrer Anton Zimmermann beschädigt; die Haftpflichtversicherung von Anton Zimmermann zahlt an Peter Ullmann 1.500 €.

- Der Erhalt der 1.500 € ist bei Peter Ullmann ein nichtsteuerbarer echter Schadensersatz, bei dem es an einem Leistungsaustausch fehlt, § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG i. V. m. A 1.3 Abs. 1 S. 1 - 3 UStAE

2) Buchhändler Paul Hesser schenkt seiner Ehefrau Brigitte zum ersten Hochzeitstag einen Roman.

- Es liegt eine Schenkung vor, wo es an der Gegenleistung (= Entgelt) fehlt. Die Voraussetzungen für den Leistungsaustausch sind damit nicht erfüllt, A 1.1 Abs. 1 S. 1 UStAE.
- Aber: sog. unentgeltliche Wertabgabe gem. § 3 Abs. 1b Nr. 1 UStG; die einer Lieferung gleichgestellt ist und damit auch zu versteuern ist

3) Ein Gastwirt gestattet seinen Gästen, das Telefon in der Gastwirtschaft gegen Erstattung der angefallenen Telefongebühren in Höhe von 0,50 € je Einheit zu benutzen.

- Es handelt sich um einen Leistungsaustausch nach A 1.1 Abs. 1 S. 1 und 2 UStAE, da zwei verschiedene Beteiligte vorhanden sind, Leistung und Gegenleistung erbracht werden und ein wirtschaftlicher Zusammenhang besteht.

4) Vermieter Müller vermietet an seine Tochter eine Wohnung in Dresden. Die vereinbarte Monatsmiete beträgt 400 €, ein fremder Mieter müsste 600 € monatlich bezahlen.

- Es handelt sich um einen Leistungsaustausch nach A 1.1 Abs. 1 S. 1 und 2 UStAE, da zwei verschiedene Beteiligte vorhanden sind, Leistung und Gegenleistung erbracht werden und ein wirtschaftlicher Zusammenhang besteht. Es spielt keine Rolle, dass ein unbillig niedriger Preis vereinbart worden ist, A 1.1 Abs. 1 S. 9 UStAE.
- Aber: Mindest-Bemessungsgrundlage gem. § 10 Abs. 5 UStG ist zu beachten.

USTG (Ort der Lieferung)

1. Die Maschinenbau GmbH aus Dresden liefert an die Aude S.A.R.L. in Paris (franz. GmbH) eine Maschine. Die Lieferung erfolgt mit dem eigenen LKW der Maschinenbau GmbH von Dresden nach Paris.

► Es liegt eine Lieferung gem. § 3 Abs. 1 UStG vor

► Gem. § 3 Abs. 6 UStG gelten Lieferungen grds. dort ausgeführt, wo die Beförderung oder Versendung an den Abnehmer beginnt (hier: Beförderung)

► Der Ort dieser Lieferung ist gem. § 3 Abs. 6 S. 1 UStG i. V. m. § 3 Abs. 5a UStG in Dresden; Dresden ist inlnd, § 1 Abs. 2 S. 1 UStG. Der Umsatz ist steuerbar, § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UStG